

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Mai 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Judith Klara Weiss

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 23. bis 27. Mai 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Tagesordnung des Europäischen Rats am 23./24. Juni 2011

Der Europäische Rat wird am 23./24.06. das Europäische Semester abschließen, die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten prüfen und länderspezifische Empfehlungen abgeben. Ein weiterer Punkt ist Asyl und Migration. Im Lichte der Ereignisse im südlichen Mittelmeerraum geht es um eine verbesserte Kontrolle der Außengrenzen, Überlegungen zur Überarbeitung des Schengensystems, die Vollendung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und den Aufbau einer umfassenden Partnerschaft mit den Ländern der südlichen Nachbarregion. Kroatien ist zur Erinnerung aufgeführt. Schließlich werden die Staats- und Regierungschefs gebeten, den Bericht des Vorsitzes zur Integration der Roma, Schlussfolgerungen zur Donaustrategie und die Ernennung des EZB-Präsidenten Mario Draghi zu billigen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09786.de11.pdf>

2. Alexander Graf Lambsdorff als EP-Vizepräsident vorgeschlagen

Nachdem die Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin von ihren herausgehobenen Ämtern im Europäischen Parlament zurückgetreten ist, benannten die Liberalen im EP Alexander Graf Lambsdorff als ihren Nachfolger im Präsidium des EP. Lambsdorff ist auch anstelle von Koch-Mehrin neuer Vorsitzender der FDP-Gruppe im EP geworden. Vertreter der 12 FDP-Europaabgeordneten im Präsidium der FDP ist nunmehr Alexander Alvaro.

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Kommission fördert demokratische Fortschritte in Nachbarländern

Die Kommission knüpft künftig finanzielle Hilfen für Länder in Nordafrika und Osteuropa an Fortschritte bei demokratischen Reformen. Die am 25.05. vorgestellte Neugestaltung der Nachbarschaftspolitik sieht bis 2013 rund 1,2 Milliarden Euro zusätzlich vor. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sieht in der Reform die Antwort der EU auf die Umwälzungen in der arabischen Welt und die Erwartungen der östlichen Nachbarstaaten.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9974_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/643&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EU begrüßt die Verhaftung von Ratko Mladic

Kommissionspräsident José Manuel Barroso und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton haben die Verhaftung des früheren bosnischen Serbengenerals begrüßt. "Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorne für Serbien und die internationale Justiz. Ich beglückwünsche Präsident Tadic und die serbische Regierung für die mutige Aktion. Die Verhaftung ist ein positiver Schritt für die Europäische Union, für Serbiens Nachbarn, aber in erster Linie für die Rechtsstaatlichkeit in Serbien selbst", sagte Barroso. Catherine Ashton beglückwünschte ebenfalls die serbische Regierung zur Verhaftung des ehemaligen Generals. Sie war zum Zeitpunkt der Verhaftung gerade zu einem Besuch in Belgrad eingetroffen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9982_de.htm

3. EU weiterhin zu Militäreinsatz in Libyen bereit

Der Rat bekräftigte am 23.05., dass Oberst Gaddafi sofort seine Macht abgeben müsse. Die Sanktionen gegen sein Regime würden verstärkt. Die EU habe in enger Zusammenarbeit mit der UNO, NATO und anderen die Operation EUFOR vorbereitet. Diese würde eingesetzt sobald das Humanitäre Amt der Vereinten Nationen, OCHA, sie anfordere. Der Rat anerkannte die Rolle des Übergangsrats und die Eröffnung eines technischen Büros der EU in Bengasi sowie die Einrichtung eines zeitweiligen Finanzierungsmechanismus (TFM) für den Übergangsrat.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/122187.pdf (Council Foreign Affairs)

4. EU-Büro in Libyen eröffnet

Am 22.05. eröffnete die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton ein EU-Büro in Bengasi. Das Büro unterstützt die Hilfeleistungen der EU für den libyschen Übergangsrat, zusammen mit den Mitgliedstaaten und anderen internationalen Organisationen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/625&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

5. Weitere humanitäre Hilfe für Libyen

Am 22.05. gab die EU eine weitere humanitäre Hilfe in Höhe von 20 Mio. EUR bekannt. Der Gesamtbetrag der Kommission beläuft sich damit auf 70 Mio. EUR. Insgesamt hat die EU damit 125 Mio. EUR bereitgestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/621&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

6. Rat verurteilt Repression in Syrien, Bahrain und dem Jemen

Die EU-Außenminister verurteilten am 23.05. aufs Schärfste das militärische Vorgehen gegen friedliche Demonstranten in **Syrien**. Die EU stelle daher ihre bilaterale

Zusammenarbeit ein. Begrüßt wird die Aufhebung des Notstands in **Bahrein**, doch zeigte sich der Rat sehr besorgt angesichts der bevorstehenden Hinrichtung von zwei Bahreinis. Ferner verurteilte der Rat die fehlende Unterzeichnung der Befriedungsinitiative des Golfkooperationsrats durch den **jemenitischen Präsidenten Saleh**.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/122187.pdf _____ (Council Foreign Affairs)

7. Weitere Sanktionen gegen Libyen, Syrien, Bahrein und Belarus

Im Falle von Libyen setzte der Rat am 23.05. eine weitere Person und eine weitere Stelle auf die Liste für Einreisesperren und Vermögenseinfrierungen. Nachdem am 09.05. bereits 13 Amtsträger des syrischen Regimes auf eine entsprechende Liste gesetzt worden waren, folgten 10 weitere Personen, darunter Präsident Baschar al-Assad. Ergänzt wurden auch die entsprechenden Listen für den Iran und Belarus (13 weitere Namen). <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2011:153:SOM:DE:HTML>
<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:L:2011:136:SOM:DE:HTML>

8. Rat drängt auf Nahostfriedensprozess

Die EU-Außenminister unterstützten am 23.05 den Standpunkt von US-Präsident Obama zum Nahostfriedensprozess. Darin werden Verhandlungen auf der Grundlage der Grenzen von 1967, mit dem Ziel zweier unabhängiger Staaten vorgesehen. Die EU wiederholte ihre Bereitschaft, einen palästinensischen Staat anzuerkennen sobald dies opportun ist. Die Friedensverhandlungen sollten unverzüglich wiederaufgenommen werden und wie von den Parteien vereinbart zu einem Rahmenabkommen im September führen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/122187.pdf

9. ASEM-Außenminister-Treffen am 06./07. Juni in Gödöllő (Ungarn)

ASEM (Asia-Europe Meeting) ist ein lockeres Kommunikationsforum, in dessen Rahmen 48 Staaten, bzw. Organisationen zusammenarbeiten. Die beteiligten Außenminister behandeln beim zehnten Asien-Europa-Treffen vorrangig die nicht-traditionellen Herausforderungen an die Sicherheit, wie z. B. Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Darüber hinaus stehen Themen wie Migration und Klimawandel auf der Agenda.

<http://www.eu2011.hu/de/asien-europa-treffen-asem>

b) Außenhandel

1. Verhandlungen über Freihandelsabkommen der EU mit Japan

Auf dem Gipfeltreffen EU-Japan am 28.05. einigten sich beide Seiten auf eine möglichst rasche Absteckung des Rahmens für ein umfassendes Freihandelsabkommen. Dieses soll nicht nur Zölle, sondern auch nicht-tarifäre Hindernisse, Dienstleistungen, Investitionen, Urheberrechte, Wettbewerb und öffentliches Auftragswesen umfassen. Parallel dazu sollen Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen über eine umfassende Zusammenarbeit geführt werden. Geplant ist auch eine engere Zusammenarbeit bei Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe sowie ein Eintreten für ein Höchstmaß an nuklearer Sicherheit weltweit. Hochschulaustauschprogramme sollen weiterhin gefördert werden. Zweimal jährlich findet ein Treffen von hochrangigen Amtsträgern zur Evaluierung der bilateralen Beziehungen statt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/122303.pdf

2. Zwischen 2000 und 2010 fielen die Importe der EU aus Japan um 30%

Zwischen 2000 und 2010 ist der Wert der EU27-Güterrausfuhren nach Japan leicht gefallen, von 45 Mrd. Euro auf 44 Mrd. und EU27 Importe aus Japan verringerten sich um 30%, von 92 Mrd. auf 65 Mrd.. Infolgedessen sank das Außenhandelsdefizit der EU27 mit Japan von 47 Mrd. im Jahr 2000 auf 21 Mrd. im Jahr 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/74&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. G8-Länder beschließen Finanzhilfen für Ägypten und Tunesien

Am zweiten Gipfeltag (27.05.) einigten sich die Teilnehmer der G8 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Italien und Russland) darauf, dass Internationale Finanzinstitutionen rund 20 Milliarden Dollar für den Wiederaufbauprozess in Ägypten und Tunesien bereitstellen sollen. Deren Geldgeber sind im Wesentlichen die G8-Länder. Seitens der Europäischen Union werden für die Zeit von 2011 bis 2013 1,3 Milliarden Euro für die Hilfe in Tunesien und Ägypten eingesetzt. Außerdem beschlossen die Teilnehmer die Partnerschaft von Deauville, um den arabischen Ländern bei ihrem Übergang zu freien und demokratischen Gesellschaften zu helfen.

<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/live/news/renewed-commitment-for-freedom-and-democracy.1314.html>

http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/05/2011-05-26-g8.html

2. Partnerschaft zwischen G8 und Afrika

Am zweiten Gipfeltag (27.05.) einigten sich die Teilnehmer der G8 ferner auf eine verstärkte Partnerschaft zwischen der G8 und Afrika. An den Gesprächen waren Algerien, Ägypten, Äthiopien, Nigeria, Senegal und Südafrika beteiligt.

<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/live/news/renewed-commitment-for-freedom-and-democracy.1314.html>

<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/live/news/shared-values-shared-responsibilities-g8-africa.1320.html>

3. Ziele der europäischen Entwicklungspolitik bekräftigt

Die EU-Entwicklungshilfeminister begrüßten am 23.05. die Mitteilung der Kommission zur Entwicklungsfinanzierung. Sie bekannten sich erneut zum Ziel eines Anteils an öffentlicher Entwicklungshilfe von 0.7% des Bruttoinlandsprodukts bis 2015. Die nach 2002 beigetretenen Mitgliedstaaten brauchen bis 2015 allerdings nur einen Anteil von 0.33%/BNP erreichen. 2010 habe die öffentliche Entwicklungshilfe der EU und ihrer Mitgliedsstaaten das historische Hoch von 53.8 Mrd. EUR und damit 0.43%/BIP erreicht. Das Zwischenziel für 2010 in Höhe von 0.56%/BIP für öffentliche Hilfe sei damit aber verfehlt worden, ebenso wie die Ziele für Afrika und die am wenigsten entwickelten Länder. 18 Mitgliedstaaten hätten 2010 ihre Hilfe erhöht und 9 hätten das Zwischenziel erreicht, darunter 4 mit 0.7%/BNP oder mehr.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st10/st10593-re01.en11.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09334-re01.de11.pdf> (Mitteilung der Kommission)

4. Thema Wasser für Entwicklungspolitik prioritär

Der Rat erörterte am 23.05. ein Eckpunktepapier zur Rolle des Wassers in der EU-Entwicklungspolitik. Die Gruppe "Entwicklungszusammenarbeit" hat die Initiative in Bezug auf die Rolle des Wassers in den Entwicklungsländern geprüft und erörtert. Bei ihren Beratungen ist sie zu dem Ergebnis gekommen, dass eine durchgängige Berücksichtigung des Wassers bei anderen Strategien und Initiativen für die Landwirtschaft, Energie, Umwelt, Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichstellung und für Frieden und Sicherheit erheblich zu einem armutsmindernden Wachstum und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen kann, wenn das Thema Wasser dabei ganz oben auf die entwicklungspolitische Agenda gesetzt wird.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10448.de11.pdf> (Eckpunktepapier)

5. Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens um ein Jahr?

Der Rat fasste am 27.05. einen Beschluss zur Festlegung des von der EU im Nahrungsmittelhilfe-Ausschuss in Bezug auf die Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 zu vertretenden Standpunkts. Dieser besteht darin, a) entweder für eine weitere Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens um ein Jahr, d. h. bis 30. Juni 2012, zu stimmen oder, falls die Neuaushandlung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens vor der Tagung des Nahrungsmittelhilfe-Ausschusses im Juni 2011 keine abschließende Phase erreicht hat, die Erzielung eines Konsenses im Nahrungsmittelhilfe-Ausschuss zugunsten einer Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens abzulehnen. Beim Nahrungsmittelhilfeabkommen handelt es sich um ein internationales Abkommen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st09/st09876.de11.pdf>

http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/ernaehrung/nahrungsmittelhilfe/nahrungsmittelhilfe/index.html

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kommission warnt vor möglicher Quelle von EHEC-Infektionen

Die Kommission hat über das europaweite Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (Rapid Alert System for Food and Feed, RASFF) offiziell Gurken aus den südspanischen Provinzen Almeria und Malaga als mögliche Infektionsquelle für das Darmbakterium EHEC (Enterohämorrhagische Escherichia coli) benannt. Neben Deutschland seien in Schweden, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden EHEC-Infektionen bestätigt worden. Eingeschaltet ist neben nationalen Gesundheitsbehörden auch das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9981_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/653&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Rat verabschiedet Richtlinie über gefälschte Arzneimittel

Nach dem EP billigte der Rat am 27.05. den Richtlinienentwurf über gefälschte Arzneimittel. Dieser muss innerhalb von 18 Monaten umgesetzt werden. Die Richtlinie soll gefälschte Arzneimittel von den Patienten fernhalten, indem sie harmonisierte europaweite Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen einführt. Neu sind ein zwingend vorgeschriebenes Echtheitskennzeichen auf der äußeren Verpackung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, verschärfte Anforderungen an Kontrollen von Betrieben, die pharmazeutische Wirkstoffe herstellen, verschärfte Dokumentationsanforderungen an Großhändler, verschärfte Inspektionsvorschriften und Meldepflichten für Hersteller und Vertreiber bei jeglichem Verdacht auf Arzneimittelfälschungen. Internet-Apotheken bedürfen einer besonderen Zulassung und Kennzeichnung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/122248.pdf (PM Rat)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/91&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Importrestriktionen auf weitere japanische Präfektur erstreckt

Die EU fügte am 24.05. die Präfektur Kanagawa zur Liste von 12 Präfekturen (Fukushima, Gunma, Ibaraki, Tochigi, Miyagi, Yamagata, Niigata, Nagano, Yamanashi, Saitama, Tokyo and Chiba) hinzu in denen überhöhte radioaktive Werte in Lebensmitteln gemessen wurden.

b) Landwirtschaft

1. Grünere Landwirtschaft und sichere Nahrungsmittelversorgung

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländlichen Raum des Europäischen Parlaments nahm am 25.05. mit 40:1 Stimmen bei vier Enthaltungen den Bericht von Albert Dess (EVP/DE, CSU) zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik an. Die Abgeordneten plädierten für eine Beibehaltung des bisherigen Agrarbudgets. Die Ausgaben ließen sich gegenüber den europäischen Steuerzahlern allerdings nur dann rechtfertigen, wenn Nahrungsmittelsicherheit, Umweltschutz, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Erzeugung von erneuerbarer Energie gewährleistet würden. Notwendig seien auch die Stärkung der Verhandlungsposition von Erzeugergemeinschaften, mehr Preistransparenz und fairere Handelspraktiken. Das Plenum wird am 22./23.06. Stellung nehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110523IPR19949/html/A-new-dawn-for-the-CAP-greener-farming-and-more-secure-food-supplies>

2. Maßnahmen zur Erleichterung von Zuckerimporten

Die Mitgliedstaaten billigten am 26.05. Vorschläge der Kommission für ein weiteres zollfreies Importkontingent von 200.000 t rohem oder raffiniertem Zucker. Im April ist bereits ein entsprechendes Kontingent über 300.000 t eröffnet worden. Ferner können ab Juli im Wege von Ausschreibungen weitere Importe zu ermäßigten Zollsätzen bis Ende September getätigt werden.

c) Fischerei

1. Weniger Überfischung in EU-Gewässern 2012?

Die Kommission veröffentlichte am 25.05. ihren Bericht über die Fortschritte der Gemeinsamen Fischereipolitik in den vergangenen Jahren und ihre Empfehlungen für Fangmöglichkeiten in EU-Gewässern im Jahr 2012. Die neuesten Zahlen zeigten, dass sich der Zustand der Fischbestände in EU-Gewässern allmählich verbessert, allerdings fehlten - in erster Linie wegen unvollständiger Meldungen der Mitgliedstaaten - für die meisten Bestände noch ausreichende wissenschaftliche Daten. Die Kommission wird bei der Festsetzung der Höchstfangmengen daher eine neue Methode anwenden, die im Fall unzureichender Daten insbesondere in einer Kürzung der Fangmengen besteht. Zu diesen Vorschlägen der Kommission wird in den Sommermonaten eine umfassende Konsultation durchgeführt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/638&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Wissenschaft hilft bei Betrugsbekämpfung in Fischerei

In einem am 27.05. veröffentlichten Bericht der Kommission wird dargestellt, wie molekulare Technologien, die sich auf Genetik, Genomik, Chemie und Forensik stützen, klare Antworten auf Fragen geben können wie „Aus was für einem Fisch ist dieses Produkt hergestellt? Wo wurde der Fisch gefangen? Handelt es sich um Wildfisch oder Zuchtfisch?“ Der Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC) mit dem Titel „[Deterring illegal activities in the fisheries sector](#)“ beschreibt, wie entsprechende Technologien zur Bekämpfung illegaler Praktiken beitragen und die Rückverfolgbarkeit „vom Meer bis auf den Teller“ erleichtern können, selbst bei verarbeiteten Erzeugnissen wie Fischkonserven.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/649&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/111111111/16295>

V. Binnenmarkt, Steuern

a) Binnenmarkt

1. Neue EU-Regeln für Hedge-Fonds und Private Equity

Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments verabschiedete der Rat am 27.05. die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIF). Diese erfasst alle Fonds, welche nicht von der Richtlinie [85/611/EWG](#) zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) [[Vgl. ändernde Rechtsakte](#)] erfasst sind. Für AIF sind nunmehr europaweite Regelungen für die Vermarktung, Kontrollen bei Übernahme von Unternehmen (Maßnahmen gegen „asset stripping“) und Vergütungsgrundsätze vorgesehen. Für kreditfinanzierte Fonds werden Mindestkapitalanforderungen eingeführt. Festgelegt werden ferner ein Zulassungssystem mit gegenseitiger Anerkennung in der EU (Pass-System) und Pflichten für Verwahrstellen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/122250.pdf
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/pe00/pe00060.de10.pdf> (Richtlinie)

2. Binnenmarkt erfordert Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

In einer Rede am 23.05. in Frankfurt erklärte EZB-Direktoriumsmitglied Gertude Tumpel-Gugerell, dass für sie SEPA der letzte notwendige Schritt auf dem Weg zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes sei. Nach Schätzungen der Kommission habe sich der Handel nach der Euro-Einführung innerhalb der Eurozone um 5-15% erhöht. Mit der Vollendung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums seien weitere Zuwächse möglich. So scheiterten nach einer Studie der Kommission derzeit 60 % der Versuche, grenzüberschreitende Interneteinkäufe zu tätigen, an technischen oder rechtlichen Barrieren, wenn z. B. keine Zahlungskarten anderer Länder akzeptiert würden. Es sei bedauerlich, dass Deutschland bei der Einführung von SEPA zögere. Die Umsetzung sei jedoch unausweichlich.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110523.de.html>

b) Steuern

Progressionsvorbehalt auch für steuerfreie ausländische Zulagen

Generalanwalt Paolo Mengozzi schlug dem Europäischen Gerichtshof vor, in einem Vorabentscheidungsverfahren auf Vorlage des Finanzgerichts Baden-Württemberg zu antworten, dass kein Verstoß gegen die Freizügigkeit (Art. 45 AEUV) vorliegt, wenn wie nach § 3 Nr. 64 des deutschen Einkommensteuergesetzes bestimmte steuerfreie ausländische Einkünfte den inländischen Einkünften zur Berechnung des Steuersatzes hinzugefügt würden. Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich, das die Bundesrepublik Deutschland strikt

anwende, indem sie sämtliche Einkünfte der Klägerin berücksichtige, folge genau dem von der OECD erstellten Musterabkommen. Die Klägerin sei daher nicht in einer ungünstigeren Situation als ein deutscher Staatsangehöriger, der sich in einer entsprechenden Situation befindet.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-240/10)

[bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-240/10](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-240/10)

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Rat für Maßnahmen gegen Spekulation auf Rohstoffmärkten

Unter Würdigung der Mitteilung der Kommission vom 02.02. mit dem Titel "Rohstoffe und Grundstoffmärkte: Herausforderungen und Lösungsansätze" teilte der Rat am 23.05. die Auffassung, dass eine übermäßige Preisvolatilität und Preisverzerrungen auf den Rohstoffmärkten gegenüber den wirtschaftlichen Eckdaten vermieden werden müssen. Grundstoffderivate, auch in den Agrar- und Ölmärkten, hätten in den letzten Jahren größere Bedeutung für Finanzakteure erhalten. Die Kommission wird aufgefordert, im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) und über Marktmissbrauch Vorschläge für eine größere Transparenz und bessere Regulierung der Märkte für Grundstoffderivate zu unterbreiten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st05/st05992.de11.pdf> (Mitteilung der Kommission)

2. Neues Netzwerk der KMU-Beauftragten der Mitgliedstaaten

Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani rief am 25.05. auf der SBA-Konferenz „KMU für die Zukunft Europas mobilisieren“ in Budapest ein neues Netzwerk der KMU-Beauftragten der Mitgliedstaaten ins Leben. Tanjani sagte dazu: "Die neuen KMU-Beauftragten werden dafür sorgen, dass die Politik den KMU ‚Vorfahrt gewährt‘ und bei jedem neuen Gesetz und jeder neuen Verordnung ihre Interessen berücksichtigt.“ In Deutschland übernimmt Dr. Eckard Franz aus dem Bundeswirtschaftsministerium diese Aufgabe

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9976_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/642&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Auftragseingänge der Industrie im Euroraum im März um 1,8% gefallen

Im Euroraum (ER17) nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im März 2011 gegenüber dem Vormonat um 1,8% ab, nach einer Zunahme von 0,5% im Februar. In der EU27 fielen die Auftragseingänge im März 2011 um 1,9%, nach einer Zunahme von 1,0% im Februar. Im Vergleich zum März 2010 stieg der Index der Auftragseingänge in der Industrie im März 2011 im Euroraum um 14,1% und in der EU27 um 11,3%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/73&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Weiter Spielraum bei Genehmigung von Industrieanlagen

Anders als von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung der Programme für die fortschreitende Verminderung von Schadstoffemissionen nach der IVU-Richtlinie über einen weiten Handlungsspielraum verfügten. Während des Übergangszeitraums vom 27. November 2002 bis 31. Dezember 2010 seien sie weder dazu verpflichtet gewesen, die Erteilung einer

umweltrechtlichen Genehmigung zu versagen oder zu beschränken, noch – selbst bei Überschreitung oder bei drohender Überschreitung der nationalen Emissionshöchstmengen für die betreffenden Schadstoffe – dazu, spezifische Ausgleichsmaßnahmen für jede erteilte derartige Genehmigung zu erlassen.

Gegenstand der Verfahren waren die der RWE Power AG erteilte Genehmigung für ein Kraftwerk in Eemsmond in der Provinz Groningen sowie zwei Genehmigungen, die den Gesellschaften Electrabel Nederland NV bzw. E.ON Benelux NV für Kraftwerke in Rotterdam, Provinz Zuid-Holland, erteilt wurden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-05/cp110051de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-165/09 einfügen)

2. G8-Länder für Überprüfung der Sicherheit von Kernkraftwerken

Am ersten Gipfeltag (26.05.) einigten sich die Teilnehmer der G8 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Italien und Russland) auf Sicherheitsüberprüfungen der Kernkraftwerke. Auch die Internationale Atomenergiebehörde soll gestärkt werden.

<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g8/english/live/news/renewed-commitment-for-freedom-and-democracy.1314.html>

http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/05/2011-05-26-g8.html

3. Kommission und Irak unterzeichnen Energie-Deklaration

Kommissar Oettinger und der stellvertretende irakische Premierminister Hussain al-Shahristani unterzeichneten am 26.05. in Brüssel eine gemeinsame Erklärung über eine verstärkte Energiepartnerschaft und über die Lieferung von Gas nach Europa.

http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/iraq_en.htm

c) Währung und Finanzen

1. Gespräche über Sparprogramm in Griechenland gescheitert

Am 27.05. haben sich Regierung und Opposition in Griechenland nicht auf ein neues Sparprogramm einigen können. Nach Presseberichten sind der Internationale Währungsfonds (IMF) und die EU nicht mehr bereit, Griechenland weitere Kredite zu gewähren solange nicht ähnlich wie in Portugal alle wesentlichen politischen Kräfte den Sparkurs mittragen. Eine Dreier-Mission des IMF, der Kommission und der Europäischen Zentralbank prüft derzeit, ob Griechenland die Bedingungen für die Auszahlung der nächsten Tranche von 12 Mrd. EUR erfüllt. Ohne diese Zahlung könne das Land ab Mitte Juli seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/spar-gipfel_in_athen_gescheitert_1.10725025.html

2. Europäische Zentralbank gegen zu lange Lockerung der Geldpolitik

In einer Rede am 25.05. in Berlin gab EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark zu bedenken, dass eine über Jahre fortgeführte extrem großzügige Liquiditätsversorgung der Banken durch die Zentralbanken neue Ungleichgewichte erzeuge. Das Risiko einer erneuten Bildung von Preisblasen in den Finanzmärkten, aber auch bei wichtigen Rohstoffen und in der Realwirtschaft, wie zum Beispiel im Immobiliensektor, dürfe nicht unterschätzt werden. Die EZB habe begonnen die entschiedene Lockerung der Geldpolitik, die zum Höhepunkt der Krise notwendig gewesen sei, zurückzunehmen. Global müssten nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitiken verfolgt werden. Das Zeitfenster, in dem der dringend nötige Politikwechsel stattfinden muss, sei kurz.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110525.de.html>

3. Geldpolitik kein Ersatz für fehlende Zahlungsfähigkeit

In einer Rede am 26.05. in London, stellte EZB-Direktoriumsmitglied Lorenzo Bini Smaghi klar, dass es die Aufgabe der Zentralbanken sei, Liquidität für die Finanzmärkte zu beschaffen, aber nicht, Unterstützung für die Zahlungsfähigkeit zu leisten. Es dürfe nicht zu einer Verwischung der Grenzen von Geldpolitik und Fiskalpolitik kommen. Dies würde das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Zentralbank beeinträchtigen, auf der glaubhafte Verfolgung des Ziels der Preisstabilität beruhe. In einer Finanzkrise müssten die Haushaltsbehörden das notwendige Kapital für die Banken beisteuern. Die für die Geldpolitik Verantwortlichen könnten und sollten sich hier nicht einmischen.

http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110526_1.en.html

4. Prüfbefugnis des Europäischen Rechnungshofs in Deutschland bejaht

Nach Auffassung von Generalanwältin Verica Trstenjak muss die Bundesrepublik dem Europäischen Rechnungshof gestatten, in Deutschland Prüfungen hinsichtlich der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer durchzuführen und ihn dabei unterstützen. Mit Schreiben vom 04.12.06 hatte das Bundesministerium der Finanzen die Durchführung der Prüfung mit der Begründung abgelehnt, dass es für sie keine angemessene Rechtsgrundlage gebe.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-539/09)

[bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-539/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-539/09)

5. Kein Geld von Europäischer Zentralbank bei Restrukturierung von griechischen Schulden

In einem Interview am 26.05. bestätigte der französische Notenbankpräsident Christian Noyer Äußerungen von EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark vom 18.05., wonach bei einer Restrukturierung der griechischen Schulden der Staat sofort seine Kreditwürdigkeit sowohl im Innern wie gegenüber dem Ausland verlieren würde. Die Europäische Zentralbank könnte in diesem Fall auch keine griechischen Staatstitel mehr als Sicherheiten akzeptieren. Der Verzicht auf Ratingnoten für derartige Papiere lasse sich nur solange rechtfertigen wie Griechenland das mit dem Internationalen Währungsfonds und der Kommission vereinbarte Reformprogramm strikt durchführe und seine Schulden korrekt bediene. Bisher gehe die EZB davon aus, dass dies noch der Fall ist. Sie verfolge die Angelegenheit aber genau.

<http://www.banque-france.fr/fr/institut/telechar/discours/2011/interview-BFM-26052011.pdf>

6. Beihilfe für österreichische Hypo Group Alpe Adria vorläufig genehmigt

Die Kommission hat eine der Hypo Alpe Adria Gruppe (HGAA) von Österreich bereits gewährte zusätzliche staatliche Beihilfe im Umfang von 200 Mio. EUR vorläufig genehmigt. Gleichzeitig weitet die Kommission ihre eingehende Prüfung des Umstrukturierungsplans aus, um die zusätzliche Beihilfe einzubeziehen.

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/636&format=HTML&aged=0&language=](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/636&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)
[DE&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/636&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Schärfere Regeln zum Schutz von Steuergeldern

In einer am 26.05. angenommenen Mitteilung hat die Kommission eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie Staatsanwälte und Gerichte in der EU wirksamer gegen Betrugsdelikte in Zusammenhang mit EU-Geldern vorgehen können. Geplant ist auch eine Verschärfung des materiellen Strafrechts, durch die präzisere Definition von Straftaten wie Veruntreuung oder

Amtsmissbrauch und den Ausbau der Kapazitäten des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und von Eurojust (der EU-Einrichtung für die Zusammenarbeit der Justizbehörden). Darüber hinaus wird die EU die Anwendung gemeinsamer Regeln über Betrug und andere Straftaten im Zusammenhang mit EU-Geldern durch eine spezialisierte Europäische Staatsanwaltschaft prüfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/644&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reading/pdf/news/sec2011621f_en.pdf

2. Strategisches Konzept für Rechte des geistigen Eigentums

Mit ihren Vorschlägen vom 24.05. will die Kommission gleichzeitig geistiges Eigentum schützen, den Zugang zu geschützten Werken erleichtern und neue Möglichkeiten für die Wirtschaft schaffen. Vorangetrieben wird die Arbeit an einem Patentgerichtssystem. Das Markensystem soll an das Internet angepasst werden. 2011 und 2012 wird über nichtlandwirtschaftliche geografische Angaben reflektiert. Für die zweite Jahreshälfte 2011 ist ein Vorschlag für eine länderübergreifende Verwaltung von Urheberrechten, insbesondere im Musiksektor, vorgesehen. Durch einen Legislativvorschlag wird die Digitalisierung und Verbreitung so genannter „verwaister Werke“ ermöglicht. Das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt erhält die Befugnisse der Europäischen Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie. Ferner sollen die Kompetenzen der Zollbehörden ausgeweitet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/630&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/index_52_de.htm

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

3. Kein Staatsangehörigkeitsvorbehalt für Notarberuf

Der Europäische Gerichtshof entschied, wie von Generalanwalt Pedro Cruz Villalón vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten den Zugang zum Beruf des Notars nicht ihren eigenen Staatsangehörigen vorbehalten dürfen. Er gab damit der Kommission in sechs Vertragsverletzungsverfahren Recht. Betroffen sind Belgien, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Luxemburg und Österreich. Die Tätigkeit der Notare sei nicht mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden. Der Gerichtshof wies allerdings die Rüge der Kommission zurück, wonach die genannten Staaten mit Ausnahme Frankreichs sowie Portugal die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen nicht anwenden. Diese Umsetzungspflicht sei nicht klar gewesen. Die Organisation der Notarstätigkeit war nicht Gegenstand der Klagen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-05/cp110050de.pdf> (PM EuGH)

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-54/08)

[bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-54/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-54/08)

4. Vorschlag für leichtere Aufhebung von Visabefreiungen

Die Kommission unterbreitete am 24.05. einen Vorschlag zur Änderung der Visaverordnung. Danach soll eine Visumschutzklausel eingeführt werden, dies es rasch ermöglicht, für einzelne Länder den Visumzwang wieder einzuführen. Anstelle des bisher erforderlichen langwierigen ordentlichen Gesetzgebungsprozesses sollen derartige Maßnahmen künftig in Form von Durchführungsrechtsakten getroffen werden. Dies würde bedeuten, dass die Kommission nach dem positiven Votum eines Ausschusses der Mitgliedstaaten („Komitologieverfahren“) den Rechtsakt erlassen könnte. Hintergrund ist der Zustrom von Asylbewerbern aus Westbalkanstaaten nach Aufhebung des Visumzwanges.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/629&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Förderung der Migration aus nordafrikanischen Ländern

In ihrer Mitteilung vom 24.05. schlägt die Kommission vor, mit den nordafrikanischen Ländern in einen Dialog über Migration, Mobilität und Sicherheit zu treten. Zur besseren Steuerung legaler Mobilitätsmöglichkeiten würden zwischen der EU und den nordafrikanischen Ländern Mobilitätspartnerschaften vereinbart, die mit jedem Partnerland und in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten maßgeschneidert würden. Sie sollten den Ländern dabei helfen, ihr Arbeitskräftepotenzial besser zu nutzen, indem sie beispielsweise Unterstützung bei der Gestaltung von Einstellungsprogrammen oder der Anerkennung von Qualifikationen leisteten oder zurückgekehrten Migranten, die beim Aufbau ihres Herkunftslandes helfen wollen, beistehen. Erste Kontakte hätten bereits mit Ägypten und Tunesien stattgefunden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/629&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110524/292/1_DE_ACT_part1_v2.pdf (Mitteilung)

b) Inneres

Jahresbericht über Einwanderung und Asyl 2010

Der Bericht der Kommission enthält Empfehlungen zu verstärkten Grenzkontrollen, Prävention irregulärer und Erleichterung legaler Migration, Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, Integration von Drittstaatsangehörigen und Ausbau der externen Dimension der EU-Migrationspolitik. Von 501 Millionen im Jahr 2010 werde die EU-Bevölkerung bis 2035 voraussichtlich auf 520,7 Millionen anwachsen und dann bis 2060 wieder auf 505,7 Millionen absinken. 2009 betrug die Nettowanderungsziffer in die EU 857 000, d.h. sie machte 63 % des Bevölkerungswachstums aus. 2010 waren 20,1 Millionen Einwohner in der EU Bürger eines Drittlands (4 % der Gesamtbevölkerung). Die größten Gruppen von Drittstaatsangehörigen in der EU sind Türken, Marokkaner und Albaner.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/629&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt

1. Stresstests für Atommeiler starten am 1. Juni

Ab 01.06. werden alle 143 Atomkraftwerke in der EU nach einheitlichen Kriterien evaluiert, auf die sich die Kommission und die Europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) am 25.05. geeinigt haben. Geprüft werden nicht nur die Risiken im Falle von Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Überschwemmungen, sondern auch die auf menschlichem Verhalten beruhende Risiken wie Flugzeugabstürze und terroristische Angriffe. Die Ergebnisse dieser Tests werden veröffentlicht. Nicht veröffentlicht werden die Tests von Präventivmaßnahmen wie Flugabwehr durch Einnebelung, um das Ziel für Terroristen praktisch unauffindbar zu machen. Die Tests obliegen den Mitgliedstaaten ebenso wie die daraus zu ziehenden Folgerungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/640&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Ressourcenverbrauch der Welt bis 2050 verdreifacht?

Am 26.05. hat die Kommission gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) die Ergebnisse zweier wichtiger Berichte vorgelegt, in denen eine radikale Änderung unseres Umgangs mit knappen Ressourcen gefordert wird. Der erste Bericht betont das immense

Potenzial wachsender Metall-Recyclingquoten. Nur 18 Metalle werden zu mehr als 50 % recycelt, und bei einem Großteil wird noch nicht einmal eine Recyclingquote von 1 % erreicht. Der zweite Bericht unterstreicht die Notwendigkeit einer drastischen Entkopplung, um eine weltweite Ressourcenkrise bis 2050 zu vermeiden, und liefert wissenschaftlich fundierte Szenarien zum künftigen Ressourcenverbrauch.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/646&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Unterstützung für EU-Förderinstrument für den Umwelt- und Klimaschutz

In einer vor kurzem durchgeführten öffentlichen Konsultation über die Zukunft des Programms Life+, des Förderinstruments der Kommission für den Umweltschutz, waren beinahe 85,8 % der Befragten der Meinung, dass ein spezielles Finanzierungsinstrument der Kommission für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen notwendig ist. Die Mehrheit von 54,6 % vertritt außerdem die Auffassung, dass die Mittelausstattung für dieses Finanzinstrument erhöht werden sollte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/647&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Neue Karten zu Luftverschmutzung aus diffusen Quellen

Neue Karten, die am 26.05. von der Kommission und der Europäischen Umweltagentur in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Forschungsstelle, dem internen wissenschaftlichen Dienst der Kommission, im Internet veröffentlicht wurden, machen es den Bürgern erstmals möglich, die hauptsächlich diffusen Quellen von Luftverschmutzung wie den Land- und Luftverkehr genau zu erkennen. Der neue Satz von 32 Karten zeigt, wo bestimmte Schadstoffe wie Stickoxide und Feinstaub freigesetzt werden. Er ergänzt bestehende Datensätze zu Emissionen aus einzelnen Industrieanlagen im Europäischen Register zur Erfassung der Freisetzung und Übertragung von Schadstoffen (E-PRTR).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/645&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Verkehr

1. Start der EU-Satelliten für Galileo im Oktober

Die Kommission gab am 23.05. bekannt, dass der Start der ersten beiden einsatzbereiten Satelliten des globalen Satellitennavigationssystems der EU am 20. 10. geplant ist. Dies ist lediglich der erste einer Reihe mehrerer Starts von Europas Weltraumbahnhof in Kourou (Französisch-Guayana). Die Galileo-Satelliten werden auf eine Höhe von 23 600 km gebracht. Mit ihnen werden 2014 erste Satellitennavigationsdienste verfügbar sein. Bis 2019 wird die Konstellation durch weitere Starts vervollständigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/627&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Annäherung bei Funkfrequenzpolitik

Die EU-Telekommunikationsminister nahmen am 27.05. einen Sachstandsbericht zur Funkfrequenzpolitik zur Kenntnis. Am 02./03.12.10 hatten die Minister den Vorschlag der Kommission grundsätzlich begrüßt. Es blieben aber noch Differenzen insbesondere bei der Auferlegung von Versorgungsverpflichtungen oder anderen Bedingungen, bei denen die speziellen nationalen Gegebenheiten berücksichtigt werden sollten (Subsidiarität). Das Europäische Parlament unterstützt das Ziel, das 800-MHz-Band (790-862 MHz, auch bekannt als "digitale Dividende") vorbehaltlich gerechtfertigter Ausnahmen spätestens ab 1. Januar 2013

für drahtlose Breitbanddienste verfügbar zu machen. Die Mitgliedstaaten wollen in den kommenden Monaten ihre Standpunkte annähern und eine Einigung mit dem EP erzielen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10295.de11.pdf> (Fortschrittsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13872.de10.pdf> (Vorschlag der Kommission)

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

1. Neue Website für Europäischen Qualifikationsrahmen

Die Kommission startete am 25.05. eine Website zur besseren Vergleichbarkeit der in verschiedenen Staaten erworbenen Qualifikationen. Das Portal ist zunächst nur in englischer Sprache zugänglich. Bis 2012 sollen alle Amtssprachen der EU hinzukommen.

http://ec.europa.eu/eqf/home_en.htm

2. Entwürfe für neue Bildungsbenchmark für „employability and mobility“

Die Kommission präsentierte am 25.05. Pläne für neue Ziele zur Berufs-Einstellungsfähigkeit (employability) und Mobilität von Studenten. Der Rat muss diesen Zielen noch förmlich zustimmen. Das neue Ziel würde den Erfolg junger Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund auf dem Arbeitsmarkt, Jahre nach dem Bildungsabschluss, messen.

[Commission staff paper](#)

b) Forschung

Erste Ergebnisse der Konsultationen zur Forschungsförderung

Im Rahmen der Konferenz „Strategic Framework for EU Research“ stellt die Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn am 10.06. erste Ergebnisse der Konsultationen über die Änderungen des EU-Systems für die Finanzierung von Forschung und Innovation vor. Der von der Kommission vorgeschlagene „Gemeinsame Strategierahmen“ würde ab 2014 das derzeitige Forschungsrahmenprogramm (RP 7), das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie das Europäische Innovations- und Technologieinstitut umfassen.

c) Kultur

Preisverleihung der Europa Nostra Awards am 10.06. in Amsterdam

In der niederländischen Hauptstadt vergibt die EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou gemeinsam mit dem Sänger Plácido Domingo die Auszeichnungen an die 27 diesjährigen Gewinner des Preises der Europäischen Union für das Kulturerbe. Die deutschen Preisträger kommen aus München und Marsberg in Nordrhein-Westfalen. http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc623_de.htm